

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Frankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkatoren Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stauting, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Beirats-Mitglieder
für die dreigeschaltene Beiratsstelle oder deren Raum 80 4.
Zeitungsbreite Nr. 8202.

Inhalt: Ungerechtigkeit im Recht. — Die Einwirkung der Kräfte auf das Vorgehen. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkampf, Submissionen etc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Frankenkasse. — Anzeigen.

Ungerechtigkeit im Recht.

Ihr laßt den Armen schuldig werden,
Dann übergebt ihr ihn der Pein.

Vagabundage und Bettel ist nach Ansicht des größten Teiles der Mitglieder unserer herrschenden Stände und Klassen, in deren Geiste die Gesetze geschaffen, ausgelegt und gehandhabt werden, ein größter Verstoß wider die Ordnung. „Wer als Landstreicher umherzieht“ und „wer bettelt“, wird nach § 861 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich mit Haft bestraft. Bei der Verurteilung zur Haft kann zugleich erkannt werden, daß die verurteilte Person nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überwiesen ist. Diese Behörde erhält dadurch die Befugnis, die verurteilte Person bis zu zwei Jahren in einem Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden.

Das Strafrecht enthält viele Grundsätze und Bestimmungen, die ungerecht sind oder ungerechte Anwendung finden können. Aber kaum bei irgend einer anderen Bestimmung dürfte das in so hohem Grade der Fall sein, als bei der vorstehend mitgeteilten.

Die von bedenklichen Vorurteilen bittierte Bekämpfung der Vagabundage und der Bettel ist ja allerdings nicht neu. Sie ist Jahrhunderte hindurch von den öffentlichen Gewalten geübt worden, aber immer und überall ohne Erfolg, trotz oft geradezu barbarischer Strafen. Denn: „Gesetz ist mächtig, mächtiger ist die Noth!“

Es mag für herrschende Klassen und öffentliche Gewalten bequem erscheinen, sich mit dem sozialen Uebel Vagabundage und Bettel strafrechtlich abzugeben, die Landstreicher und Bettler in die Gefängnisse und die Arbeitshäuser zu sperren, statt die gründliche und energische Beseitigung der Ursachen des Übels sich angelegen sein zu lassen. Aber human und vernünftig, sozialpolitisch klug und gerecht ist das nicht. Zu jedem human und gerecht denkenden Menschen muß es die höchste sittliche Entrüstung wachrufen, wenn er hört und liest, wie sogenannte „staatsverhaltene“ Elemente unausgesetzt bemüht sind, die öffentliche Meinung, sowie Gesetzgebung, Polizei und Justiz gegen die sogenannten „Landstraßenritter“ aufzuheben und scharf zu machen. Erst kürzlich wieder hat das Justiz- und Waffenorgan, die „Kreuzzeitung“, sich nicht entblödet, alle Bettler und Vagabunden als „arbeitscheues Gefindel“ zu bezeichnen, das „kein Mittel, keine Schonung verdient“, und gegen das deshalb mit viel schärferen Strafen vorgegangen werden müsse, als bisher; auch müsse ein gesetzliches Verbot des Almosengebens erlassen und dessen Übertretung mit empfindlichen Strafen bedroht werden.

Als ob die tägliche Erfahrung nicht lehre, daß Polizei und Justiz es an rücksichtsloser Strenge nach dem Buchstaben des Gesetzes gegen die Unselbstigen, die betteln und Vagabundieren, wahrhaftig nicht fehlen läßt! Zu Gehnauenden werden sie aufgegriffen und der strafenden Justiz überantwortet.

Daß es proletarische Individuen giebt, die arbeitscheu sind, einem Gange zum Nichtstun folgen und

sich durch Bettel arbeitslosen Unterhalt zu verschaffen suchen, ist Thatsache. Aber was thun diese Bettel-Proletarier genau betrachtet? Anders, als was für ihnen gewisse, der besseren und besten Gesellschaft angehörnde Schmarotzer beständig das Beispiel geben? Betrachten diese Elemente als ihr Vorrecht, ihre Nebenmenschen auszubeuten, zu faulenzeln und zweck- und nutzlos sich in der Welt umherzutreiben —, weshalb wundern man sich darüber, daß ihr verächtliches Beispiel hier und da in den Kreisen der Armen und Elenden Nachahmung findet?

Aber nicht eindringlich genug kann betont werden, daß die Zahl der arbeitslosen, grundtätig die Arbeit meidenden und auf Vagabundage und Bettel sich verlegenden Proletarier eine verschwindend geringe ist gegenüber der Zahl Derjenigen, die durch die schlimmen wirtschaftlichen Verhältnisse, durch Mangel an Arbeit zur Arbeitslosigkeit verurtheilt sind, vom bittersten Elend auf der Suche nach Arbeit getrieben, die Landstraße besüßeln und das Mitleid der Nebenmenschen ansprechen, um nicht zu verhungern oder — zu Verbrechen zu werden. Schreiber dieses war einmal Augen- und Ohrenzeuge, als vor einem preussischen Gericht sich Folgendes ereignete: Ein Handwerksbursche hat sich auf die Anklage, gebettelt zu haben, zu verantworten. Er giebt diese Straftat zu. Gefragt, wie er dazu gekommen sei, antwortet er: „Ich hatte nur die Wahl, zu betteln, oder Spitzbube und Räuber zu werden. Um das nicht zu werden, bettelte ich, und nun muß ich doch erleben, als Verbrecher behandelt zu werden.“

Ein bürgerliches Blatt, die „Voss. Ztg.“, bemerkte kürzlich: „Die Verurteilung von Personen, die aus Noth betteln, widerspricht unserem sozialen Gewissen.“

Wie haben noch von keinem deutschen Richter in Erfahrung gebracht, daß er Bettel und Vagabundage so durchaus gerecht und vernünftig beurteilt habe, wie kürzlich — worüber die Tagespresse berichtet hat — der Gerichtspräsident Magnaud in Chateau-Thierry (Frankreich). Dieser Mann führte zu Gunsten eines der Bettel und Vagabundage angeklagten Arbeiters Folgendes aus:

„In Betreff des Vagabundirens: In Erwägung, daß der Mangel an Geldmitteln und Subsistenzmitteln offenbar den Zustand des Elends darstellt, der zwar dem Betroffenen sehr heftig und schmerzhaft ist, aber keineswegs eine Thatlage unmoralischen Charakters enthält; daß es sich ebenso verhält mit der bedauerlichen Thatlage, keine Arbeit zu haben, selbst wenn es freiwillig geschieht, weil man sonst, um gerecht zu sein, auch die Kräfte, die nicht arbeiten, verfolgen müßte; daß in Wirklichkeit die Gesellschaft, wenn sie die arbeitslosen, heim- und mittellosen Unglücklichen verfolgt, ihnen einen Zensur-Prozess macht, der darin besteht, daß sie diejenigen, die nichts besitzen, ohne Weiteres für fähig und geneigt hält, sich des Besitzes Anderer zu bemächtigen; daß ein Richter, der sich um die Gerechtigkeit kümmert, gegen einen Menschen, dem kein Vergehen gegen die Moral vorgeworfen werden kann, keine Verurteilung aussprechen kann, unter dem Vorwande, daß sein Elend ihn dazu treiben könnte, Geschwindigkeiten zu begehen; daß diese beklagenswerte Lage, wenn sie freiwillig wäre, höchstens als erschwerender Umstand für eine andere Vergehensverletzung, die begangen worden sein müßte, betrachtet werden könnte; daß übrigens der Angeklagte erklärt, es sei ihm seit einem Monat unmöglich gewesen, sich Arbeit zu verschaffen, und daß es aus Grund unüberwindlicher juristischer Theorien der Staatsanwaltschaft gewesen wäre, das Gegenteil zu beweisen; daß die Staatsanwaltschaft diesen Beweis nicht geliefert hat; daß also der Mangel an Arbeit, den der Angeklagte nicht vermeiden konnte, nicht bestraft werden darf.“

In Betreff des Bettelns: In Erwägung, daß der Angeklagte, arbeitslos, ohne Heimstätte und ohne Subsistenzmittel, von dem Herrn L. in C. ein Stück Brot erbeten und erhalten hat; daß er seine Bitte in anständiger Form, ohne jemand zu verleiten oder zu bedrohen, vorgebracht hat; daß diese Anrufung der menschlichen Solidarität

keinen unmoralischen Akt darstellt und daß es nicht der Gedanke des Vergehens sein konnte, sie als des Vergehens der Bettel bestraft zu wollen; daß dieses Vergehen nur dann vorliegt, wenn das Hilfsgeld ausgeteilt wird einem professionenmäßigen Schmarotzer der öffentlichen Wohlthätigkeit, oder wenn es von Bettelbrüdern, Drohungen oder Annehmungen eines Stückes Brot, der Gegenstand des dringlichsten Bedürfnisses, absolut der Umstände halber, die eine Schuld bebingen; daß überdies in dem betreffenden Departement keine Anstalt existiert, die dem Betteln wirksam entgegenarbeiten könnte; daß in dieser Beziehung die Gesellschaft, in dem vorliegenden Falle wie in vielen anderen Fällen, die Pflicht nicht erfüllt, die sie sich auferlegt hat, zu verhindern, daß das Verbrechen der Angeklagten kostenlos außer Verfolgung.“

Vergleichen wir damit ein anderes Urtheil, das dieser Tage von einem deutschen Gericht gefällt worden ist:

Der Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. hatte in der Revisionsinstanz folgenden Fall zu entscheiden: Ein Maurer Namens Reil wurde vom Schöffengericht zu Neuwed wegen Bettel zu vier Wochen Haft verurtheilt, und da derselbe mehrfach wegen Bettel vorbestraft ist, gleichzeitig angeordnet, daß er nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesen wird. Er berief sich bei diesem Urtheil nicht, soweit es seine Ueberweisung an die Landespolizeibehörde anging, und legte gegen dasselbe Verurteilung bei dem Landgericht zu Neuwed ein. Zu seiner Vertheidigung führte er an, daß er sich überall vergeblich um Arbeit bemüht habe und ihm zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse nichts Anderes übrig geblieben wäre, als zu betteln. Das Landgericht verworft die eingelegte Verurteilung und ging wie die Vorinstanz nicht darauf ein, die Angaben des Angeklagten, daß er sich wirklich um Arbeit bemüht habe, auf seine Richtigkeit hin zu prüfen. Lediglich in den Vorstrafen desselben wegen Bettel, die auf Arbeitslosen schließend liegen, sieht es den Beweis des Gegenheils, daß er sich nicht ernstlich nach einer Arbeitsgelegenheit umgesehen habe, genügen erbracht. Der Angeklagte legte Revision bei dem Oberlandesgericht ein und begründete dieselbe mit dem bei ihm vorhanden gewesenen Nothstand der mangelnden Arbeitsgelegenheit. Aber ohne Erfolg. Denn die heutige Rechtsprechung in Deutschland bestraft Bettel unter allen Umständen, sie nimmt keine Rücksicht darauf, daß jemand durch Noth zur Bettel gezwungen wird. In diesem Falle nahm das Gericht — wie es die Regel in Bettelprozessen — ohne Weiteres an, wenn feststeht, daß jemand öfter gebettelt habe, so sei darin der Beweis zu sehen, daß er „arbeitscheu“ und „gewerbsmäßig“ bettelle! Man glaubt dem armen Teufel nicht, daß er sich ernstlich bemüht hat, Arbeit zu bekommen. Das erscheint kaum glaublich und ist doch leider nur zu wahr. Und das geschieht zu einer Zeit vermüthender wirtschaftlicher Krise, die — was doch auch deutschen Richtern bekannt sein dürfte — Hunderttausende von Proletariern zur Arbeitslosigkeit, zum Hunger, zum äußersten Elend verurtheilt, von denen so viele als „Vagabunden“ im Lande umherziehen, um Arbeit zu suchen, ohne solche zu finden. Verhungern wollen sie nicht; der Selbsthaltungstrieb macht sich in ihnen geltend; sie betteln, werden dabei erwischt und dafür ins Gefängnis gesperrt; nach ihrer Entlassung wiederholt sich die traurige Geschichte; sie betteln abermals und nochmals, denn der Hunger zieht mit ihnen, werden als „Rückfällige“, als „gewohnheitsmäßige“ Bettler bestraft — und nun sind sie „reif“ für das Arbeitshaus, nun werden sie Staatsflaven.

Das ist eine „Gerechtigkeit“. — Das heißt eine „Gerechtigkeit!“ Was thut aber derselbe Staat, in

dessen Namen die Verurteilung solcher Unglücklichen erfolgt, und was ihm die herrschenden Stände und Klassen, um die durch die wilde anarchische Wirtschaft des Kapitalismus heraufbeschworene Arbeitslosigkeit zu beseitigen oder auch nur zu mindern, den hungernden Proletariats Arbeit und Brot zu verschaffen? Nichts, oder so gut wie nichts!

Der Staat, das Reich, die meisten Gemeinden haben der Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit verschärfte Armen- zusehen. Um so eifriger sind Polizei und Justiz gewesen in der „Besämpfung“ der Vagabundage und Bettel. Es ist derselbe Staat, dessen öffentliche Gewalten sich seit Jahren die Verfolgung und Unterdrückung der Arbeiterorganisation an- gelegen sein lassen, die ihren Mitgliedern, welche von Arbeitslosigkeit betroffen werden und genötigt sind, sich Arbeit zu suchen, Mitleidunterstützung gewährt, damit sie nicht genötigt sind, zu betteln. Man erinnere sich, daß Polizeibehörden unter offenkundiger Verletzung von Recht und Gesetz erst neulich wieder versucht haben, solche gewerkschaftliche Organisationen, die ihren Mitgliedern im Falle der Arbeits- losigkeit Unterstützung zu Teil werden lassen, zu „Versicherungskassen“ zu stampeln, die von der Genehmigung der Behörde abhängig sind. Weiter- hin hingewiesen auf die Tatsache, daß Polizeibehörden schon öfter sich des schändlichen Mißbrauchs ihrer Amts- gewalt dahin schuldig gemacht haben, daß sie reisende Arbeiter deshalb, weil sie die übliche Gewerkschafts- Unterstützung erhalten haben, als „Bettler“ und „Vagabunden“ zu behandeln!!!

Alles in Allem: Der Geist der herrschenden Faktoren im Klassenstaate, der sich „Rechtsstaat“ nennt, hat eine Unsumme von Unrecht zu ver- antworten, das er unausgesetzt gegen die Masse der Vagabunden und Bettler begeht.

Die Einwirkung der Krise auf das Baugewerbe.

III.

In unserem letzten Artikel haben wir nach nachzutragen, daß die Bauwirtschaft in der Stadt Darmstadt voraus- sichtlich in diesem Jahre eine rechte Regenzeit werden wird; es sollen dort etwa 10 Millionen Mark für Grundstücks- erwerbungen und öffentliche Bauten in der nächsten Zeit zur Verwertung kommen. Gleichen können u. a. auf Schul- hausbauten circa 1 000 000, Erweiterung von Klein- wohnungen 1 000 000, Kanalverfestungen und Anlage von Klärbädern 740 000, Erweiterung des Elektrizitäts- netzes 1 000 000, Neubau des Gaswerkes 1 123 000, Aufschuß zu den Erweiterungsbauten der Technischen Hoch- schule 850 000, Erweiterung der Pumpstation des städtischen Wasserwerkes 400 000 und einen Durchbruch in der Altstadt 568 000. Diese Aufwendungen sind bereits genehmigt und in Angriff genommen, teils für das Etats- jahr 1902/1903 vorgesehen. Die erforderlichen Mittel sollen durch Entleeren aufgebracht werden, und zwar zunächst 6 000 000, deren Ausschreibung am 25. d. d. von den Stadtverordneten einstimmig genehmigt wurde. Auch ein Krankenhausneubau und die Errichtung eines Volksbades sind in Aussicht genommen.

Im Gau Dresden wird die Bauwirtschaft in diesem Jahre nicht allzu günstig sein, nur in den Ortshäufen der sächsischen Kaufleute sind die Aussichten etwas besser. Hierbei kommen in Betracht die Städte Bischofswerda, Ramens, Dautzen, Bittau, Böbau und Neu- gersdorf; in den beiden zuletzt genannten Städten werden außer vielen Privatbauten auch mehrere größere Staatsbauten in Angriff genommen. Im Sommer werden die Kollegen in dieser Gegend zeitweilig alle Beschäftigung haben, aber ein Mangel an Arbeitskräften wird nicht eintreten.

Eine schlechte Bauwirtschaft steht in Aussicht in den Städten Pirna, Rügeln, Gaidenau, Meissen und Meißen; nicht ganz so schlecht zu werden verspricht die Bauwirtschaft in Großenhain. Daß die Bauwirtschaft in Dresden selbst keine allzu starke sein wird, dafür spricht schon der Umstand, daß der Unternehmerverband den Beschluß gefaßt hat, die Roßingstraße nach unten niedriger zu bemessen.

Die Bauwirtschaft im Gau Leipzig wird sich in diesem Jahre wesentlich schlechter gestalten, als im Vor- jahre; alle bis jetzt bekannt gewordenen Tatsachen sprechen dafür; aus allen Orten des Gaues wird nur Ungünstiges über die kommende Baukonjunktur berichtet. Die Kollegen in den kleineren Orten sehen ihre Hoffnung auf den Bau des Zentralbahnhofes in Leipzig, aber auch diese wird zu Schaden werden. Mit den Hochbauten wird erst im Jahre 1903 begonnen und in den nächsten Jahren werden nur einige Straßenüberführungen gebaut, wobei nur sehr wenig Maurer Beschäftigung finden.

Von den im Gau Erfurt liegenden Orten wird die Bauwirtschaft nur mittelmäßig sein in Erfurt, Weimar, Apolda, Nordhausen, Arnstadt, Mühl-

hausen, Rudolstadt, Simenau, Saalfeld und Suhl. Eine Ausnahme können vielleicht machen Göttha und Lambach, wenn die seit fünf Jahren projektirten Arbeiten des Staubeisens in Angriff genommen werden. In Eschburg und Sonneberg i. Th. sollen die Bauaussichten sehr gut sein.

Die Bauwirtschaft in Hannover (Stadt) wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht besser (d. h. schlecht) als im Vorjahre werden. Das neu zu erbauende Rathaus und das daneben liegende Stadthaus sind fast die einzigen öffentlichen Bauten, bei welchen eine nennenswerte Zahl Arbeiter Beschäftigung finden kann, wenn es nicht, wie das gewöhnlich der Fall zu sein pflegt, fortwährend an Sand- steinen fehlen wird. Ob der projektirte Kirchenbau in Herrenhausen, der Bau der Markthalle an der Höfen- gassenstraße, der Bau der Garnisonkirche (Katholische), für welche die Mittel schon seit fünf Jahren vom Abgeordneten- hause bewilligt sind, noch in diesem Jahre greifbare Gestalt gewinnen, kann noch nicht bestimmt gesagt werden. Der Neu- bau eines Armenhauses, das sehr notwendig wäre, ist auf fünf Jahre hinausgeschoben, bis dahin wird das alte in der Reuenstraße seinen Insassen längst über dem Kopf zusammen- gefallen sein.

In den Vororten scheint sich eine etwas regere Bau- wirtschaft zu entwickeln. In Döhren baut der Bauverein in den nächsten Jahren eine ganze Kolonie; in diesem Jahre werden dort neue Einzel-Familienhäuser errichtet. Auch in Oster-Adlingen, im Volksbunde Jerusalem genannt, werden in diesem Jahre noch einige Häuser er- richtet, und in Richterhude sollen in diesem Jahre mindestens 20 Wohngebäude gebaut werden. Singen kommen im inneren Stadtgebiete einige größere, Mietschaftsgebäude dienende Gebäude und eine durch die neue Bauordnung her- bringte oder begünstigte Anzahl Neubauten. Im Ganzen genommen, wird die Bauwirtschaft sich in diesem Jahre also etwas heben, wenigstens wird nicht eine so große Zahl Kollegen gestungen sein, auswärts arbeiten zu müssen, als dies im Vorjahre der Fall war. Aus den äußeren Orten des Gaues liegen uns aber die Bauaussichten für dieses Jahr Mittheilungen nicht vor.

Die Bauwirtschaft in Braunschweig verspricht in diesem Jahre eine gute zu werden, dagegen wird die Lage in Gifhorn und Schöppenstedt als günstig nicht bezeichnet.

Im Gau Magdeburg werden nur verhältnismäßig wenig Orte eine gute Bauwirtschaft in diesem Jahre auf- zuweisen haben. In dem Vortel selbst scheint die Konjunktur in diesem Jahre eher schlechter als besser zu werden. Eine verhältnismäßig gute Bauwirtschaft liegt in Aussicht in Calberstadt, Queblinburg, Staffort und Schneid- Salze. Normal wird die Konjunktur sich voraussichtlich gestalten in Verdenburg, Elbige, Gahren, Genslin, Kellau, Göttingen, Stedde und Kalle.

Der Gau Bremen teilt nur einen größeren Ort auf, in dem die Bauwirtschaft in diesem Jahre voraussichtlich sehr rege werden wird, es ist dies Osnaabrück. In allen übrigen Orten wird die Konjunktur aber mittelmäßig nicht weit hinauskommen. Es wird aber immerhin möglich sein, daß die im Gau ansässigen Kollegen volle Beschäftigung finden.

Im Gau Santburg scheint die Krise auf die Bau- wirtschaft vorläufig keinen schädlichen Einfluß auszuüben. In Santburg selbst ist die Bauwirtschaft als eine rege zu bezeichnen; abgesehen von verschiedenen größeren Staats- arbeiten, welche theilweise schon in Angriff genommen sind, wie das Zentralgefängnis in Fußbüttel, Gaswerke im Wil- wärder Aufschlag, mehrere Schulbauten (weitere Schul- bauten sind in Aussicht genommen), die Arbeiten an den Bahnhofsanlagen usw., ist auch die Privatbauwirtschaft ziem- lich rege. Spekulationsbauten sind in diesem Jahre in er- heblicher Anzahl und bedeutend mehr als sonst bei der Bau- polizeibehörde angemeldet. In diesem Jahre war vor Osnabrück hier bereits eine Nachfrage nach Arbeitskräften zu ver- zeichnen. Jetzt nach Osnabrück hat allerdings ein ziemlich starker Zug nach Santburg stattgefunden und hat dementsprechend die Nachfrage auch etwas nachgelassen, aber Alles in Allem genommen, ist die Bauwirtschaft als eine gute zu bezeichnen.

Uebrigens scheint der Vorstand der Hamburger Bau- gewerkschaft von den Verhältnissen nicht viel Kenntnis zu haben. „Viel Wissen macht dum“, erklärte der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Bauer (be- kannt unter dem Spitznamen: der politische Maurermeister), Vorsitzender der Hamburger Gewerkschaft und Mitglied des Innungsverbandes, dem Gesellschafter gegenüber, und dies scheint auch bei ihm und seinen übrigen Kollegen im Innungsverband zuzutreffen, sonst könnte der Innungs- vorstand den begangenen Vorbruch betreffs Einführung der neunkündigen Arbeitszeit nicht damit begründen, daß in Santburg keine Bauwirtschaft zu verzeichnen sei und somit die Innung sich nicht in der Lage befände, das gegebene Ver- sprechen einzulösen.

In den Nachbar-Gauevereinen Wilhelmshurg, Altona, Stellingen, Nienstedten, Wedel und

Pinneberg ist ebenfalls die Bauwirtschaft als eine gute zu bezeichnen, nur in Bombel und Garsburg ist das nicht der Fall; namentlich in letzterem Orte ist wenig Arbeitsgelegen- heit vorhanden. Auch die Verpflegungen, die man sich in Garsburg wegen der projektirten neuen Kasernenanlagen macht, werden vorläufig noch nicht in Erfüllung gehen, wenigstens nicht für die Maurer, da verhältnismäßig nur nur wenig Maurerarbeit zu rechnen sein wird, wie das z. B. die groß- artigen Kasernenanlagen für Garsburg auf Rühwürder gezeigt haben.

In den übrigen Kreisen links von der Elbe, welche zum Gau Hamburg gehören, ist die Bauwirtschaft im Kreise Lüneburg und Buxtehude als gut zu bezeichnen, auch in Moorburg und Stade ist Arbeitsgelegenheit vor- handen. In Lüneburg scheint ebenfalls eine gute Bau- periode in Aussicht zu stehen. In allen anderen Orten aus- dem Gauegebiet links der Elbe ist Bemerkenswertes nicht zu berichten, durchgängig ist wenig Arbeitsgelegenheit vor- handen, was in Dannenberg bereits dazu geführt hat, daß der dort hauptsächlich in Frage kommende Unternehmer Schmidt den Lohn herabsetzt und die Arbeitszeit verlängert hat.

In den zum Gau gehörenden Mecklenburger Orten Wismar und Rostock ist ziemlich viel Arbeit vor- handen, namentlich in letzterem Orte; in Ludwigslust und Grabow ist die Konjunktur wohl als mittelmäßig zu bezeichnen.

Im Herzogthum Rauenburg ist wenig oder gar keine Nachfrage nach Arbeitskräften und wird aus den Zweig- vereinen Rauenburg, Mülla und Schwarzen- berg berichtet, daß zum großen Theile die Kollegen wegen Arbeitsmangels sich veranlaßt fühlen, auswärts Arbeit zu suchen.

In Vergeborf, Reinbeck und Umgegend hat sich allem Anscheine nach die Bauwirtschaft etwas gehoben. Die zu den sogenannten Vierlanden gehörenden Orte zeigen ziemlich dasselbe Gepräge wie in den Vorjahren und die Bauwirtschaft nur als eine minimale zu bezeichnen.

In Schleswig-Holstein sind außer den bereits angeführten Orten noch Kiel, als der größte Zweigverein in der Provinz, ferner Neumünster und Flensburg anzuführen, wo lebhaft gebaut wird respektive gute Aus- sichten für den Sommer zu erwarten sind. In Flensburg sind die Kollegen der Meinung, daß sie durch die neue Bau- verordnung, nach welcher die Befestigung drei Wochen gestanden haben muß, bevor weiter gearbeitet werden kann, sehr geschädigt werden. Nachdem das Uebergangsstadium in diesem Falle überwunden ist, wird diese angestrichene Schädigung wahrscheinlich ebenfalls schwinden. Auch in Glüd- kabs, Wilsen, Melbörf und Freck und einigen anderen kleineren Orten, ist die Bauwirtschaft eine gute und wird voraussichtlich auch den Sommer über anhalten.

Sehr schlechte Erwerbsverhältnisse sind in Jöhren und Lägerdorf für die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter, auch in Ahrensbeck, Habersleben, Kellinghusen und Uetersen liegt das Baugeschäft ziemlich lahm.

Im Gau Lübeck wird von einer guten Bau- konjunktur in diesem Jahre im Allgemeinen nicht ge- redet werden können. Die überwiegend größte Zahl der im Gau vereinigten Orte sind kleine Landstädte und die in denselben wohnenden Kollegen auf Landarbeit angewiesen, da Stadtarbeiten in der Regel nur in ganz beschränktem Maße vorhanden ist. Die Bauwirtschaft ist daher in hohem Grade von der Landwirtschaft abhängig. Sie beginnt meistens erst nach Ostern und muß in vielen Fällen vor Beginn der Erntezeit beendet sein. Erst nachdem die Ernte beendet ist, wird die Bauwirtschaft wieder aufgenommen, um dann aber auch schon nach wenigen Wochen wieder ihr Ende zu erreichen. Die Folge davon ist, daß die Kollegen wenig länger als ein halbes Jahr in ihrem Berufe thätig sein können, wenn sie es nicht vorziehen, in größeren Städten Beschäftigung zu suchen.

In Lübeck selbst liegt die Bauwirtschaft schon seit ein- paar Jahren fast ganz darnieder und es sind auch für dieses Jahr noch keine Aussichten vorhanden, daß es damit besser wird. Zwar ist die Verlegung des Bahnhofs beschlossen worden, aber es sind dafür drei Baujahre und ein Jahr für die Vorarbeiten festgelegt. Ehe diese aber ihre Erledigung gefunden haben, dürfte der Winter wieder vor der Thüre stehen.

In Schwerin i. Med. lenb. dürfte die Bauwirtschaft ebenfalls nur eine recht minimale werden. An Staatsbauten sind zwar noch die ziemlich umfangreichen Kasernenbauten vorhanden, aber es wird befürchtet, daß die Arbeiten in einem so langjamten Tempo zur Ausführung gelangen (es soll nämlich die Gesamtsumme als Generalunternehmer daran theilhaftig sein), daß eine allzu große Zahl Maurer nicht daran beschäftigt wird.

In Rostock, der größten Stadt Mecklenburgs, sind die Aussichten nicht viel besser. Wohl sind jetzt noch eine An- zahl Spekulationsbauten vorhanden, die den ansässigen Kollegen ausreichend Beschäftigung geben, aber die Bau- wirtschaft in diesem Maße für den Sommer anhalt, ist fast

Am Sonntag, den 6. d. M., fand in **Calbe a. d. S.** eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Was haben wir zu unternehmen, um unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Geltung zu bringen?“, hatte Kollege Ritter das Referat übernommen. Er führte u. a. aus, mit welchen Schwierigkeiten in den Vorjahren eine Verbesserung der traurigen Lage der Kollegen durchgeföhrt wurde. Dieses Wichtige ist aber den Unternehmern schon so viel, denn der Unternehmer Krieger sagte wörtlich, daß das Streben der Gesellen den Höhepunkt erreicht hätte. Jetzt können diese Herren her und verkünden die Anerkennung des Tariffs, teilweise versuchen sie sogar die Erzeugnisse der Gesellen zu kürzen. Aus allen diesen Gründen gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Versammlung ihre Entrüstung über das Verhalten der Unternehmer ausdrückt und die Lohnkommission beauftragt, mit den Unternehmern sofort Unterhandlungen anzubahnen. Zum zweiten Punkt: „Maifeier“, wurde beschlossen, daß jeder Kollege, dem es nur irgend möglich ist, am 1. Mai die Arbeit ruhen läßt und sich an der Demonstration beteiligt. Unter „Maifeiern“ wurden die Kollegen M. Becker und A. Seiler zu Stellvertretern gewählt. Den durch die Willkür des Unternehmers Krieger ausgeliefert gebliebenen Kollegen wurde eine Entschädigung bewilligt, ebenso dem Kollegen S. Goppe wegen seiner langen Krankheit. Ein Antrag, den Kollegen W. Dietrich zu unterstützen, wurde angenommen mit der Bedingung, daß er nachweisen muß, seinen Pflichten nachgekommen zu sein. Als Ausbezahlung wurde die jetzige Lohnkommission bestimmt. Auch soll der Lohnkartei jedem Kollegen gedruckt zugestellt werden. Die Extrakten werden auf Antrag Ritter beigestellt.

In **Greifhain** tagte am Montag, den 31. März, eine öffentliche Mauererverversammlung. Kollege Waide aus Breslau, der als Referent erschienen war, sprach über Mißstände auf Bauten und den geschädigten Bauarbeiterstand. Er verwies diesbezüglich auf die an den preussischen Landtag gerichtete Petition, und empfahl die hierzu begünstigte, bekannte Resolution zur Annahme. Die Versammlung war mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und nahm die Resolution einstimmig an. Hierauf folgte die Besprechung über die diesjährige Lohnfrage. Es wurde beschlossen, den bisherigen Lohnkartei auf ein weiteres Jahr zu verlängern, aber darauf zu drängen, daß er von den Unternehmern schriftlich anerkannt werde. Sobald dieses geschehen, soll jeder Kollege ein Exemplar des Vertrages ausgehängt werden. Bei der Besprechung über die Lohnfrage gab der Vorstand bekannt, daß es ihm gelungen sei, ein Lokal zu beschaffen; er sprach auch den Wunsch aus, daß die Kollegen dieses Lokal besser frequentieren möchten, damit es ihnen erhalten bleibe. Kurz vor Schluß meldete sich Kollege Keller zur Aufnahme. Einem Ersuchen wurde aber nicht stattgegeben, weil er sich im Disserziet nicht korrekt benommen hat. Es wurde ihm bezeugt, daß er noch einige Zeit warten müsse. Hierauf wurde die von 78 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

In **Wabbert** (im Bezirk der vorstehenden) sollte am 28. d. M. eine öffentliche Mauererverversammlung stattfinden. Anlaß hierzu gab ein Anschlag der Baufirma Braunstein, welche, nebenbei gesagt, im ganzen Inbuitriebezirk größere Arbeiten, namentlich Kolonienbauten auszuführen hat, und durchschnittlich 1000 Bauarbeiter beschäftigt. Daß Kollege und Unternehmer brachten es fertig, daß die Versammlung nicht stattfand. Schon bei der Annäherung der Versammlung wurden von dem Beamten allerhand Einredenungen gemacht, jedoch die Versammlung ausgestellt. Am anderen Tage verweigerte jedoch der Wirt seinen Saal, hauptsächlich mit der Begründung, er könne es mit Braunstein nicht vertragen. Auch sämtliche übrigen Wirtse, die nachdem wegen Abhaltung der Versammlung aufgefordert wurden, stellten sich auf einen ähnlichen Standpunkt. Aber auch Polizeibeamte erschienen gleich nach unseren Kollegen bei den Wirtsen und machten diese auf die „Folgen“ der Versammlung aufmerksam. Sogar der Vikar vom katholischen Gesellenhaus, an den sich zuerst unsere Kollegen wandten, erklärte, als er die Ursache der Versammlung hörte: „Rein, dann wollen wir mit der Sache nichts zu tun haben. Wir wollen mit den Unternehmern in Frieden leben.“ Auch der Polizeikommissar soll zu einigen Kollegen gelaufen haben: „Wenn Euch der Lohn nicht genug ist, geht doch anderswo hin, Braunstein ist um Euch nicht verlegen.“ Als dann am Nachmittage des fraglichen Tages der Kollege Rahl aus Dortmund und einige Ehrener Kollegen in Gladbeck ankamen, wurden sie gleich am Bahnhof von einem Polizeibeamten sofort fixiert, gelangten jedoch glücklich in eine Wirtshaus und konnten sich dort eine Zeit lang mit einigen Gladbecker Kollegen unterhalten. Jedoch sollte dieses nicht lange ungestört geschehen, denn bald erschienen der Geschäftsführer des Unternehmers Braunstein mit noch drei Beuten vom Comptoir, mußte die gesellschaftliche Gesellschaft, welche eine Zeit lang auf den Wirt ein — und dieser verbot das Schreiben in seiner Wirtshaus und auch die „Versammlung“, wie er sich ausdrückte. Nachdem die Kollegen dann eine andere Wirtshaus aufgesucht, erschienen auch hier nach einigen Minuten der Geschäftsführer, diesmal aber in Begleitung eines Polizeibeamten. Nach weiteren 5 Minuten waren auch die drei anderen mit einem zweiten Polizeibeamten an der Stelle. Trotz eifrigen Zutretens des Geschäftsführers schienen aber die Beamten nichts Ungewöhnliches zu entdecken, und auch eine Unterredung mit diesem Wirtse schien nicht zu Gunsten des eifrigen Herrn auszufallen, denn auch dieser konnte nichts Gefährliches bemerken. Von jetzt ab wurden aber die Kollegen von den Unternehmern des Herrn Braunstein und den Beamten auf Schritt und Tritt begleitet, selbst bis auf den Bahnhof, und erst als der Zug sich in Bewegung setzte, verließ auch die Schutzgarde den Bahnhof. Gladbeck war für diesmal noch gerettet. Ob noch für lange? Trotz der Verfolgungen waren zwölf Aufnahmen zu verzeichnen, und für weitere Mitglieder wird Herr Braunstein durch seine Maßnahmen sorgen. Wie traurig die Lokalverhältnisse in Gladbeck sind, erhellt am besten aus der Tatsache, daß der Vergarbeiterverband dort eine Mitgliederzahl von über 300 hat und trotzdem kein Lokal erhalten kann. Doch dieses Alles wird unsere Kollegen nicht abhalten, unentwegt für den Verband weiter zu arbeiten, zur Freude des Herrn Braunstein.

Am 3. April fand in **Langen** eine öffentliche Mauererverversammlung für die Mauerer von Langen, Egelsbach, Erzhausen, Dreieichenhain, Eichenhain, Offenbach und Spre-

lingen statt. Die Versammlung war von allen Orten sehr gut besucht, so daß für viele Anwesende kein Sitzplatz mehr vorhanden war. Kollege Gerborn dankte den Anwesenden für den zahlreichen Besuch, und ermahnte sie, in Zukunft die Versammlungen in Frankfurt a. M. ebenso zu besuchen, was im letzten Jahre leider nicht der Fall war. Er geistete scharf das Benehmen der Unternehmer, welche im Grunde mit den Parteilicheren darnach trachten, die zehnstündige Arbeitszeit zu besetzen und so allmählich die eifrigen wieder einzuführen, auch würden diese Versuche gemacht, den festgesetzten Lohn von 48 $\frac{1}{2}$ zu kürzen, was hauptsächlich an den zugezogenen und jugendlichen Arbeitern probiert wird. Er ermahnte, die frühere Kollegialität und das Bauvertrauenssystem wieder einzuführen, denn nur so könnten solche Ungütigkeiten aus der Welt geschafft werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 3. April in Langen versammelten Mauerer von Sprenglingen, Langen, Egelsbach, Erzhausen, Dreieichenhain, Eichenhain und Offenbach geben ihrer Entrüstung über die schamlossten Maßnahmen der Unternehmer im Baugewerbe zu Frankfurt a. M. Ausdruck, indem sie selbst, begünstigt durch den allgemeinen Geschäftsniedergang, die beschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit allen möglichen Mitteln zu verschlechtern suchen. Die Versammlung erkläre hierin einen unbedingten Eingriff in die Rechte der Arbeiter und eine geplante Vernichtung ihrer Organisation, die ihnen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse unentbehrlich geworden ist. Dies erkennend, und von der Ueberzeugung ausgehend, daß gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur eine starke, selbstgeschaffene Organisation, gestützt auf das System der Bauvertrauensleute, in der Lage ist, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhindern, beschließt die heutige Versammlung: Auf allen Baustellen in Frankfurt a. M. ist sofort ein Bauvertrauensmann zu wählen, der sich unerschütterlich bei der Verhandlung, Stagesätze 18, 2, 2. (Werkvertragsgesetz), zur Vertretung geeigneter Maßnahmen zu melden hat. Bei der Wahl des Vertrauensmannes ist unbedingt darauf zu achten, daß ein tüchtiger, älterer Kollege, der das Vertrauen der Kollegen besitzt, in den Fragen der Organisation und deren Wirtse beizubringen ist, mit diesem Posten betraut wird. Die Versammlung verpflichtet sich deshalb, für vollständige Durchführung dieses Systems Sorge zu tragen und mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die auf den Baustellen beschäftigten, und noch fern stehenden Kollegen dem Verbande angeführt werden, um so eine baldige Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen.“ Kollege Gützmann kam auf die allgemeine Lage in Deutschland zu sprechen und wies darauf hin, daß die Arbeiter bedrückt seien, gleich denen in anderen Ländern (wie England), bessere Lebensverhältnisse zu fordern, das beweise die Anerkennung deutscher Produkte auf der Weltausstellung in Paris. Aber die Unternehmer seien zu feil, um den Arbeitern einen Lohn zu zahlen, mit dem sie sich ein menschliches Leben beschaffen könnten. Auch Kollege Gützmann legt der Kollegen warm an's Herz, das Bauvertrauenssystem gründlich zur Durchführung zu bringen. Zum Schluß führte Kollege Gerborn noch aus, daß jeder Kollege mitgehen müsse zu agieren, damit auch keiner der Organisation fern bleibt, denn nur durch sie können wir den Unternehmern die Stirn bieten. Jeder Kollege solle die Resolution, die er heute angenommen hat, bezeugen und darnach trachten, daß sie auch gründlich zur Durchführung gelangt. Mit einem dreimaligen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Am 8. April tagte im „Rathion in Leipzig“ eine öffentliche Mauererverversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die am 27. April in Altenburg tagende Gaukonferenz. 2. Lohnkämpfe und Minimallohn. 3. Innere Verfassungsangelegenheiten. Zum ersten Punkt spricht Kollege Jacob; derselbe weist auf die Notwendigkeit solcher Konferenzen hin und bespricht die auf dieser Konferenz zu behandelnden Fragen. Nach dem bestehenden Bau-Regulativ hat die Leipziger Mauererschaft vier Delegierte zu entsenden und die Versammlung beschließt demgemäß und wählt dazu die Kollegen A. Klaus, E. Anders, Louis-Herber und G. Aufsch. Zum zweiten Punkt referiert der Kollege Meyer. Derselbe erläutert den Begriff Minimallohn und bespricht die Einführung der Lohnkämpfe in den Gemeinden sowie bei Privaten. Des Weiteren macht derselbe auf die Vorzüge, welche von der Bauarbeiterkommission herausgegeben ist, aufmerksam, hierbei betonend, daß die Mauererschaft überhaupt die Pflicht habe, die Arbeiterzeitungen im Allgemeinen zu lesen. Es sei verwerflich, wenn in Arbeiterkreisen die Zeitungen unserer Gegner gelesen würden. Die Versammlung beschließt, die Prospektoren anzuschaffen; jeder Kollege ist verpflichtet, sich dieselbe anzueignen. Zum dritten Punkt: „Innere Verfassungsangelegenheiten“, wird über den Verlauf der Sperrre bei dem Baunternehmer Nützig berichtet. Nützig hatte seinen Partier angewiesen, den bei dem inneren Putz beschäftigten Mauerern mitzutheilen, daß der Quadratmeter Putz nicht mehr als 34 $\frac{1}{2}$ kosten dürfe, wer sich eine solche Leistung nicht antreue, soll sofort Feierabend machen, damit er hinterher nicht die Ausrede gebrauchen könne, er habe davon nichts gewußt. Nützig hat innerlich einer Wache seine Mahregel zuzugewandt; die an der Sperrre beteiligten Kollegen haben anderwärts Arbeit gefunden. Des Weiteren wird mitgeteilt, daß seitens des Vertrauensmannes beim Arbeitgeberbund, bezüglich Festsetzung eines begrenzten Lohnbezuges angehalten worden ist und daß ihm die Aufgabe gegeben sei, daß in den nächsten Wochen die beiderseitigen Kommissionen hierüber verhandeln werden. Der Kollege Haupt teilt mit, daß der Partier Nützig inneren Ruhestand vom Unternehmer in Afford übernommen habe, dies hätten auch noch andere Partiere, es sei daher notwendig, auf diese Angelegenheit ein wachsamtes Auge zu haben. Auf Antrag des Kollegen Ebeling soll der Kollege Schwoboda wegen seines Fernbleibens in den allgemeinen Versammlungen der Gewergerichtsbehörde zur nächsten Versammlung geladen werden, um über sein Verhalten Auskunft zu geben. Es erfolgt hierauf Gedächtnis der leblich besuchten Versammlung.

In der Mitgliederversammlung des Zweigvereins **Byden** am 6. April referierte Kollege Paul Winger über Lohn- und Arbeitsbedingungen. Querscherste er die Kollegen, treu und fest zur Organisation zu halten. Er legte durch Beispiele dar, wie der Goldregen, den die guten Geschäftsjahre 1895-1900 brachten, in die Taschen der Unternehmer ge-

flossen ist. Die Unternehmer hätten freiwillig nicht einen Pfennig Arbeitslohn mehr gegeben. Die kleinen Vorteile, die den Arbeitern zu Teil wurden, sind durch Streik resp. Bauperrern errungen. Redner meinte weiter, wenn jeder Arbeiter fünf bis sechs Stunden pro Tag arbeite, so hätte er seinen Lohn verdient, den Verdienst der anderen vier bis fünf Stunden stünde der Unternehmer in seine Tasche. An einem Beispiele legte er dar, wie die Unternehmer durch ihre schmarhzen Listen die Frauen und Kinder des Arbeiters dem Hunger und Elend preisgeben, und da predigen und die Herren die Christenliebe. Die indirekten Steuern und Zölle, welche die Frau und der Schlotbarone dem Volke aufbürden wollten, wurden vom Redner ebenfalls scharf kritisiert. Ein ehrlicher Arbeiter verdient in zwei und mehr Jahren nicht so viel, wie die Söhne dieser Herren in einer Nacht mit ihren Kaitressen und Spielen durchbringen. Auf die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen hinweisend, forderte Winger die Kollegen auf, Mann für Mann für den Kandidaten der Arbeiterpartei zu stimmen. Als er hierbei auf den Fall Gola hinwies, der, ein bekannter Sozialdemokrat, in Gützkow wegen Weineides zu Zuchthausstrafe verurteilt wurde, und hieran einige Bemerkungen knüpfte, trat der Gendarm herbor und löste die gut besuchte Versammlung auf. Folgende Resolution sollte noch zur Abstimmung kommen, aber weil die Versammlung aufgelöst wurde, konnte sie nicht verlesen werden: „Die pp. Versammlung nimmt Kenntnis von dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes gegenüber den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Versammelten sind der Ansicht, daß es den Unternehmern nicht um den Frieden im Baugewerbe und geordnete Arbeitsverhältnisse zu tun ist, sondern sie vielmehr bestrichen sind, zu gegebenen Zeit Lohn- und Arbeitsbedingungen nach ihrem eigenen Ermessen festzusetzen. Die Versammelten verpflichten sich, auch ohne Vertrag weiter zu arbeiten, sich aber keine Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen gefallen zu lassen, sondern mit aller Kraft die Organisation auszubauen, weil dieselbe nur als Gewähr bietet, die bisherigen Arbeitsbedingungen auch in die Zukunft aufrecht zu erhalten.“ Ferner verpflichten sich die Kollegen auf Ehrenwort, keine Arbeit unter einem Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$ anzunehmen und nicht über zehn Stunden zu arbeiten. Jede Veränderung in dem bestehenden Arbeitsverhältnis ist sofort dem Vorstande zu melden. Der Unternehmer soll nur seine Mauerer und Zimmerer beschäftigen, die sich bereit erklären, aus dem Verbande austreten zu wollen. Einige Kollegen sind noch abwesend.

Am Sonntag, den 6. April, fand im Restaurant „Erdhölle“ in **Wylau** eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Nitsch einen kurzen Vortrag über: „Die Geschichte der deutschen Mauererbebewegung“. Hierauf wurde Kollege Rung zu dem am 27. April in Altenburg stattfindenden Gaukonferenz gewählt. Im Weiteren wurde die Notwendigkeit der Unterstützung der Arbeitskräfte erwähnt. Nebenbei wurde die Forderung der Jünglingskassen für Baugewerkschaften für Rheinland und Umgebung beschlossen.

Am Sonntag, den 6. April, fand in **Wilmanns** unsere Mitgliederversammlung statt. Welche gut besucht war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete Kollege Karl Kalka den Bericht von der lebenden Konferenz der Weingarten-Bruderschaft. Ferner wurde beschlossen, einen Versammlungsfestabend einzuführen, damit am Jahreschlusse die Kollegen erkannt werden können, welche es nicht für die Mühsal wertig halten, Versammlungen zu besuchen. Ein Kollege wurde auf ein Jahr ausgeschlossen, weil er nicht der Solidität und den Anforderungen der Organisation genügt hat. Endlich ist es auch nach Jahre langer Agitation gelungen, sämtliche Partiere des langjährigen Unternehmers Paul Petersdorff in die Reihen des Verbandes zu bringen. Sie geloben, im Falle einer Lohnbewegung nicht wieder mit Stillen zusammen zu arbeiten. Mit einem brausenden Hoch auf die Mauererbebewegung wurde die Versammlung geschlossen.

In einer zahlreich besuchten Mauererverversammlung in **Wanzen** l. M. sprach am Dienstag, den 8. April, der Kollege Gellert über: „Die Bedeutung und Aufgaben des deutschen Mauererverbandes“. Der Referent verstand es, bei einer großen Aufmerksamkeit der Anwesenden, die heutige Lebensweise der Arbeiter klarzulegen und ihnen die darin liegenden Missanwendungen zu erläutern. Als Delegierter zur Gaukonferenz in Altenburg wurde Gellert gewählt. Sodann beschloß die Versammlung eine Lohnforderung an die Unternehmer einzureichen. Die Klassenhöhe, welche jetzt bezahlt werden, betragen höchstens 38 $\frac{1}{2}$, während die Unternehmer in den Rechnungen für einen Mauerer 60 $\frac{1}{2}$ und noch mehr annehmen. Vor Allem verlangen die Anwesenden eine zehnstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 45 $\frac{1}{2}$, ferner Verbesserungen in hygienischer Beziehung.

Am Dienstag, den 8. April, hielt der Zweigverein **Brech** eine Extraparagiederversammlung ab. Betreffs der Mäseier wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit ruhen zu lassen und den Tag wüchswort zu feiern. Die gegenwärtige Lage am Orte ist als eine ziemlich schlechte zu bezeichnen. Da die Mehrzahl der Brecher Kollegen durch die Ausperrung in Biel in Mitleidenschaft gezogen ist, würde es human zu nennen sein, wenn die Unternehmer am Orte die beschaffenen Kollegen einstellen würden. Aber weit gefehlt. Fremde angelernte Kollegen erhalten Arbeit, aber nicht die älteren und verheirateten. Es brauchen noch nicht einmal Ausperrerte zu sein, Alles wird zurückgewiesen. Da nur wenig Arbeit am Orte vorhanden ist, es Pflicht derjenigen Kollegen, die mit den fremden neu angestellten Kollegen zusammen arbeiten, diese auf diesen Zustand aufmerksam zu machen.

Am 6. April fand in **Remscheid** die erste öffentliche Mauererverversammlung für dieses Jahr statt. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Kollegen Willi Zwick-Göttingen über: „Zweck und Nutzen der Organisation für das Baugewerbe, unter Berücksichtigung der Berufsglieder Verhältnisse“. In seinem 15minütigen Vortrage führte der Referent den Anwesenden dar vor Augen, wie notwendig es sei, sich zu organisieren, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. In der Diskussion beteiligten sich Einige aus anderen Orten. Der frühere Vertrauensmann, Sobach, sprach sich mit künftigen Worten dahin aus, daß besonders bei allen Dingen die Anwesenden die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hätten, sich dem Mauererverbande anzuschließen. Sobach forderte u. a. die früheren Mitglieder auf, in der in nächster Zeit stattfindenden Mitglieder-

versammlung antworfend zu sein, um dasjenige nachzuholen, was sie selbst und andere leitende Personen versäumt und vernachlässigt haben. Am Schluß der Versammlung hatten sich 17 Kollegen Mitgliedsbücher ausstellen lassen und weitere sieben Personen ihren Beitritt erklärt. (Der Schriftführer wird ersucht, keine Wortführungen vorzunehmen, sondern jedes Wort aufzuschreiben. Die Red.)

In Preußen tagte am Sonntag, 6. April, eine Mitglieder-versammlung, die trotz direkter Einladung der Mitglieder nur von sieben Kollegen besucht war. Es scheint fast, als ob die Kollegen getrennt die früheren Hungerkämpfe wieder einführen beabsichtigten. Wenn sie nicht bald zur Einsicht kommen, werden die Unternehmer auch nicht lange fadeln und Köpfe zöhlen wie es ihnen beliebt. Es wurde dann noch bekannt gegeben, daß am Sonntag, 20. April, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der ein Referat eines Vortrags halten wird. Die Kollegen werden ersucht, recht eifrig für guten Besuch zu agitieren.

Im Zweigverein Schwanau wurde in der Mitglieder-versammlung am 6. April die Petition an den Landtag verlesen und die bekannte Resolution angenommen. Darauf theilte die Lohnkommission mit, daß der Lohnstarif von zwei Unternehmern unterschrieben worden sei, während der dritte, der Unternehmer Paulus aus Staden, sich weigere, dieses zu thun. Er hat erklärt, er lasse sich nicht binden, den Stundenlohn von 80 J. wolle er aber zahlen und länger als zehn Stunden lasse er auch nicht arbeiten. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, obgleich die Kollegen zahlreicher hätten erscheinen können, zumal es jedem bekannt ist, daß die Abrechnung bis zum 15. d. M. erfolgen mußte. Ein Kollege ließ sich aufnehmen.

In Ettersleben fand am 8. April eine Mitglieder-versammlung statt. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß die Lohnkommission beschloffen hat, falls der Lohnung abgelehnt wird, ein Koncert zu veranstalten. Hierauf berichtet der Kassier die Abrechnung, welche für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von 133 ergibt. Die Kasse hatte einen Bestandsstand von 863,28, eine Ausgabe von 80,45, bleibt ein Bestand von 943,73. Der Zweigverein hat 77 Mitglieder und 2 Ehrenmitglieder. Sodann wird H. Paasch sen. wegen Alkohardheit ausgeschlossen. Vornhorst fragt an, wie der Versammlungsvorstand zu sehen sei. Vornhorst weist auf die Lohnsteigerungen und besseren Arbeitsbedingungen der letzten Jahre hin, welche nur durch die Organisation erreicht wurden, jedoch von vielen Kollegen gänzlich geküßelt werden. A. Meier weist darauf hin, daß viele Kollegen weit von Hause arbeiten und dann, wenn sie Abends zu Hause er-müdet ankommen, nicht mehr Lust hätten, nach der Versammlung zu kommen. Die persönlichen Meierers trügen auch einen Teil Schuld an dem schlechten Versammlungsbuch. Vornhorst fragt an, ob hier schon die Worte, Raubhau und Schutzbewehrungen nachgeholt sind. Der Vorsitzende erwidert, daß das Sache der Altonaer Kollegen sei. Müller fragt an, ob hier ein Baubestimmungsplan besteht, welches verneint wird. Vornhorst stellt den Antrag, es hier auch einzuführen und wie in anderen Städten zu handhaben. Der Antrag wird angenommen. Sodann folgt Schluß der schwach besuchten Versammlung.

In Stuttgart tagte am 4. April eine von etwa 400 Personen besuchte öffentliche Mauerer-versammlung. Der Bauvorstande brachte über: Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Er verbreitete sich zuerst über die Verhältnisse, die im Jahre 1896 hießen, dann, daß alle Mauerer sich der Organisation anschließen. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt; durch den Drang der Verhältnisse in der jetzigen Krisis und Depression beginnt aber Mauerer einzuführen, daß von den Unternehmern keine Besserung zu erwarten und nur eine starke Organisation hier Hilfe schaffen kann. Zum größten Teil sind die damaligen Ertragsverhältnisse wieder verloren gegangen, auch die Behandlung der Arbeiter ist eine schlechtere geworden. Schädlich wirkt noch der 14tägige Jahrlatz. Die Pflicht, zu streiken, trifft im Verband nicht, es soll vielmehr auf friedlichem Wege versucht werden, durch Ein-gaben, Vorstellungen eine Besserung anzubahnen. Meiner warnt noch vor allen Forderungen und aufgeregtem Vorgehen, die immer zum Schaden der Arbeiter ausfallen. In der sich anschließenden Diskussion traten alle Redner den Aus-schließungen des Referenten bei, die sehr wirksam besonders vom Generalsekretär Röhler und Kollegen Thordorff unterstützt wurden und deren zur Eingetragenen zum Beitritt in die Organisation ermahnen den letzten Anreden wie das Referat selbst mit Begeisterung aufgenommen wurden. In seinem Schlußwort bemerkte der Referent noch, wenn die Mauerer schon vor zehn Jahren so ausgeschaltet wären heute, dann würde ihre Bewegung ein ganz bedeutendes Bild weiter vorangekommen sein. Heute geht es - nun, das Versäumnis nachzuholen; im Norden werden 55, 60 und 65 J. Stundenlohn bezahlt, und dem Beispiel dieser Kollegen müßten die Süddeutschen nachsehen. Die Beiträge, welche die Mitglieder der Organisation fernstehenden glauben erspart zu haben, seien nicht in ihre eigenen, sondern in die Taschen der Unternehmer geflossen. Mehr Mannesmutz müsse gezeigt werden, die Hundsbremse müsse verschwinden. Aber auch Mander, was der Würde der Arbeiter selbst nicht ent-spreche, werde bei einer starken Organisation aufhören. Jeder müsse vor den Unternehmer und Kassier hinstreten können und ihm sagen: „Ich bin ein Mann!“ Dann werde auch die traurige Erscheinung verschwinden, daß kaum aus der Baugewerkschaft entlassene, oft noch sehr jugendliche Leute ohne jedes praktische Verständnis älteren und er-fahrenen Arbeitern als Aufpasser vor die Nase gesetzt werden und sich einbilden, diesen etwas vormachen zu können. Wir wollen eine kleine Besserung unserer Lage auf gutem Wege zu erreichen suchen, jedoch Meiner, sollte unser Vor-gehen aber mit einer Auswertung oder ähnlichen Maßregeln beantwortet werden, dann darf keiner vor unserm äußersten Mittel, dem Streik, zurückweichen. Es wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 4. April 1902 im Stuttgarter Gewerkschaftshaus statt-gefundene, von 400 Personen besuchte Mauerer-versammlung erklärt: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Stuttgarter Mauerergewerbe sind in den letzten Jahren in beträchtlicher Weise zurückgegangen, während die Wohnungsmieten sowie die Preise aller notwendigen Lebensmittel bedeutend ge-stiegen sind. Auf diese Thatfachen gestützt, rachtet die Ver-

sammlung eine wesentliche Verbesserung der Arbeits-verhältnisse unseres Gewerbes für dringend geboten, um so mehr, als auch in den sogenannten guten Jahren das Ein-kommen der Mauerer nicht derart bemessen war, um allen berechtigten Ansprüchen der Familie, der Gemeinde, des Staates und des eigenen Körpers genügen zu können. Der Vorstand des Zweigvereins Stuttgart in Verbindung mit dem Bauvorstande unseres Verbandes wird daher beauftragt, einer demnächst einzuberufenden weiteren Mauerer-versam-lung Vorschläge zur Erzielung günstigerer Existenzverhält-nisse zu unterbreiten. Die Versammelten erkennen die Notwendigkeit einer geschlossenen Berufsorganisation zur Erreichung dieses Zieles an und verpflichten sich deshalb Mann für Mann, von jetzt an treue Verbandsmittelglieder sein und bleiben zu wollen.“ Wenn die zu Tage getretene Begeisterung der Mauerer auch fernerein anhält, und wenn sie mit derselben, falls es nicht anders geht, in den Kampf ziehen, dann ist nicht daran zu zweifeln, daß sie Erfolge erringen und im Gewerkschaftsleben Stuttgarts eine andere Rolle spielen, als dies seit der Fall war.

Am 6. April fand in Waren eine Extramitglieder-versam-lung statt, die sich hauptsächlich mit der Lohnfrage be-schäftigte. Zunächst erstattete die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Sie mußte aber leider konstatieren, daß sie traurige Erfahrungen gemacht habe. Zwar hätten die beiden Unternehmer erklärt, vom 1. April ab den Stundenlohn von 32 auf 34 J. erhöhen zu wollen, aber Vorn hätten sie nicht gehalten. Weiter wurde berichtet, daß beim Schulhausneubau länger als zehn Stunden gearbeitet werde, und daß trotz des am 29. August vorigen Jahres mit den Unternehmern abgeschlossenen Ver-trages den Junggeleuten der vereinbarte Lohn nicht gezahlt werde. Die Lohnkommission wurde beauftragt, bei den in Betracht kommenden Unternehmern vorstellig zu werden und unter Berufung auf den Vertrag auf Abhilfe zu dringen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde mit einem Hoch auf die Organisation der Versammlung geschlossen.

Am Sonntag, den 6. April, fand in Wattenscheid eine öffentliche Mauerer-versammlung statt, zu der Kollege Walter aus Dortmund als Referent erschienen war. Er sprach über „Lohn und Nutzen der Organisation“; sein Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion trafen Kollege Hülle, Andre (Dachbeder), sowie Schreiner Hans Dierker darauf hin, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, in den Verband einzutreten. Es liegen sich dann auch zehn Kollegen aufnahmen. Am Schluß der Versammlung forderte Kollege Schumacher die neu aufgenommenen Kollegen auf, dem Verbande treu zu bleiben. Ein Viertel der Mauerer in Wattenscheid und Umgebung gehört dem Verbande an. In nächster Zeit wird wieder eine öffentliche Versammlung stattfinden, und bis dahin wird, wenn die Kollegen sich Mühe geben, die Hälfte der Mauerer organisiert sein. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Ver-sammlung geschlossen.

Der hiesige Zweigverein Wilsnack hielt am Sonntag, den 6. April, seine Generalversammlung ab, in der über die diesjährige Forderung, resp. den auszubezahlenden Tarif, Beschluß gefaßt werden sollte. Derselbe enthielt als wichtigste Punkte: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und 32 J. Stundenlohn, im Gegensatz zum vorigen Jahre, wo die Arbeitszeit eine elfstündige war und der Lohn 28 J. betrug. Kollege Busse vom Bauvorstand legte in einem Referat die einzelnen Punkte des Tarifes dar, und wurde nach längerer Diskussion einstimmig beschloffen, diesen Tarif den Unter-nehmern zu unterbreiten. Gleichzeitig wurde vom Referenten noch angeführt, daß diese Forderung schon in der nächsten Umgebung Wilsnacks bereits durchgeführt ist, und nur die Kollegen am Orte geizigungen sind, unter den schlechten Ver-hältnissen zu arbeiten. Weiter wurde einstimmig beschloffen, falls dieser Tarif nicht anerkannt werden sollte, am Dienstag, den 8. April, auf allen Bauten die Arbeit niederzulegen. In der Diskussion gab unter Anderem der Vorsitzende, Kollege Kahlbaum, bekannt, daß sämtliche Kollegen in Wilsnack organisiert und auch sämtlich voll beschäftigt sind. Darauf wurde dann die Wahl der Streikkommission vor-genommen. Nachdem noch einige weniger wichtige An-gelegenheiten ihre Erledigung gefunden und Kollege Busse in einem feierlichen Schlußwort die Kollegen ermahnt hatte, bei einer eventuellen Arbeitsniederlegung fest zusammen zu halten, wurde mit einem begeisterten Hoch auf den Zentral-verband die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Am Sonntag, den 6. April, fand in der „Buche“ in Zeitzersroda eine Versprechung der organisierten Mauerer statt, welche leider schwach besucht war. Zunächst sprachen die Kollegen dahin aus, daß das Zeitungsaustragen besser geregelt werden müsse. Daraufhin wurde für jede Ortschaft ein Kollege bestimmt, welcher die Forderung und die Karten an die Kollegen besorgt. Weiter waren sich die Kollegen einig, am 28. April eine öffentliche Mauerer-versammlung einzuberufen und die Kollegen anderer Verufe dazu einzuladen. Der Bevollmächtigte forderte die An-wesenden auf, bei ihren Kollegen dahin zu agitieren, daß die Versammlung gut besucht werde. Betreffs der dies-jährigen Maiseier fordert der Bevollmächtigte alle Kollegen auf, sich zahlreich an derselben zu beteiligen.

Eine öffentliche Mauerer- und Zimmererverversammlung tagte am Sonntag im Lokale des Herrn Mölle in Zielenzig. Zimmerer Steinfort-Werlin hatte das Referat über-nommen, war jedoch nicht erschienen. Die Versammlung war von 40 Mauerern und 16 Zimmerern besucht. Auf der Tages-ordnung stand der diesjährige Lohnstarif für Mauerer und Zimmerer. Der Lohnstarif war in einer gemeinsamen Vor-standsbesprechung der Mauerer und Zimmerer ausgearbeitet, auch der Genosse Steinfort war damals zugegen. Der Tarif ver-langt: 1. Beibehaltung der zehnstündigen Arbeitszeit mit der üblichen Arbeitslohn, Mittags- und Vesperpausen; Sonnabends ein Stunde und vor jedem hohen Feiertage zwei Stunden früher Feierabend mit Wegfall der Vesperpause ohne Lohn-abzug. 2. Eine Lohnsteigerung von 30 J. auf 33 J. pro Stunde; für Weberarbeit 35 J. pro Stunde, die Laufzeit mit eingerechnet; für Junggeleuten und durch hohen Alter minder leistungsfähig gewordene Gesellen Lohn nach Ver-einbarung, jedoch nicht unter 25 J. pro Stunde. 3. Für Weber-stunden, Nacht- und Sonntagarbeit, für schmutzige Arbeit und Wasserarbeit 5 J. mehr pro Stunde. 4. Einzel-geld pro Tag 25 J. oder Lieferung der Wäsche. 5. Wegfall der 14tägigen Rühnigung. 6. Auf allen größeren Neu- und

Umgebauten Errichtung von Neubauten und Aborten. Der Tarif wurde nach längerer Debatte in geheimer Abstimmung an-genommen, und zwar von den Zimmerern einstimmig und von den Mauerern mit 87 gegen 8 Stimmen. Verloßt wurde sodann eine Kommission, die mit den Unternehmern in Unterhandlung treten soll. Am 20. April findet wieder eine Versammlung statt, in der die Kommission Bericht erstatten soll. Den Anwesenden wurde es zur Pflicht gemacht, für die gewerkschaftliche und politische Bewegung einzutreten. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden noch auf, die „Machtvolle Volksstimme“ zu lesen, die durch ihn zu be-ziehen ist.

Berichtigung. In dem in Nr. 15 veröffentlichten Be-richt über die Versammlung des Zweigvereins S. a. m. b. u. g. heißt es, daß der Altkorbanauer Teufel wieder aufgenommen sei. Das ist nicht richtig, Teufel war in der Versammlung nicht erschienen und ist demgemäß auch über sein Wiedererscheinungsgesuch gar nicht verhandelt worden.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterstreik, Submissionen etc.

Berlin. Am Freitag, den 4. April, wurde auf einem Bau in der Wilhelmshafenstraße bei dem Maurermeister Schölke ein 8 m über das Dach ragender Schornstein bis auf Vollenhöhe von einem Windstoß umgeworfen und traf dabei den Mauererlehrling Feenzlau so unglücklich am Arm und Bein, daß derselbe nach der nächsten Unfallstation gebracht werden mußte, wo ihm die erste Hilfe zu Theil wurde. Am dem Schornstein setzte jegliche Veranlassung oder Absehung. Ein Baumann erlegte sich am Donnerstag, 10. d. M., auf dem Neubau-Mitte Zofenb. 144. Die Arbeiter sind dort damit beschäftigt, die Bembende zu wölben; hierbei muß der Arbeiter Stiefel fest getreten sein, denn er fiel von der zweiten Etage bis in das Parterregeschoß, wo er mit schweren inneren und äußeren Verletzungen aufgefunden wurde. Nach Anlegung eines Kopfverbandes durch einen sofort herbeigerufenen Arzt wurde der Verunglückte nach einer Anstalt gebracht.

Bielefeld. An dem Bau des Unternehmers Bild fiel ein Gefährte, der mit Kalksteinen arbeitete auf dem Gerüst be-schäftigt war, durch die Fensteröffnung in den Keller und ver-legte sich dabei nicht unerheblich an der Schulter. Der Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß der Gefährte auf ein Stein-feld trat, wodurch er in's Stolpern kam und von dem schweren Kalkstein in die Tiefe gezogen wurde. Der Abwurf erfolgte aus einer Höhe von 4 Metern. Die Kalksteinenlage war nicht abgedeckt. In Bielefeld streiken die Mauerer und nun suchen die Unternehmer die Beschäftigten desto stärker anzuspinnen, damit der Ausfall an Profit nicht so groß wird.

Heidelberg. Der Erdarbeiter, der nach dem Bericht in Nr. 18 unseres Blattes beim Ausschlageln der Erd-massen für die Fundamente eines Neubaus im Klingentisch von abstrahierenden Erdmassen bedeckt wurde, wurde am selben Tage, 4. April, kurz nach 12 Uhr, als Zeuge, wie nicht anders zu erwarten war, zu Tage gefördert. Die Art der Ver-letzungen der Zeuge läßt darauf schließen, daß der Tod un-mittelbar nach der Katastrophe eingetreten ist.

Kassel. Am Sonnabend, 6. April, verunglückte der Mauerer Jakob Prüßing vom Bau Schöneberg am Bahnhof dadurch, daß ein Schmelz, der zwei Meter hoch Schienen bohrte, eine Schiene umwarf, welche auf einem am Rand liegenden Balken fiel. Der Balken, zu zwei Meter lang, sprang ab, und traf Prüß, welcher gerade beim Schmelzen auf einen heißen Schiene stürzte und sich am Kreuz und Kopf schwere Verletzungen zuge-fo. Er wurde in das Krankenhaus gebracht, wo ihm die Wunden zugehört wurden. Sodann wurde er nach seiner Wohnung überführt.

Rixdorf. Ein schlimmer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag, 8. d. M., Vormittags, auf dem Neubau Kall-strasse 8. Als der Arbeiter Karl Schmidt mit dem Köcher von Kall beschäftigt war, glitt er aus und stürzte in die Kallgrube. Am ganzen Körper mit Brandwunden bedekt, wurde der Unglückliche aus dem todsicheren Kall heraus-gezogen und nach Anlegung von Kopfverbänden nach dem Kreis-Krankenhaus Wris gebracht.

Wismar. Am 11. d. M. stürzte ein Teil des Neu-baus der Unternehmung Schaff & Sohn ein, wobei der Mauerer Fleischer sich einen doppelten Weinbruch und eine Schädel-verletzung zugezog. Der Verletzte wurde mittelst Traglort nach dem Krankenhaus gebracht, wo er nun schwer darnieder-liegt; an seinem Aufkommen wird gezwweifelt. Wer die Schuld an dem Unfall hat, ist noch nicht festgestellt. Bemerkens-wert ist nur, daß der eingestürzte Teil des Hauses mit bestem Material wieder aufgemauert und mit doppelter Veranlassung versehen wird.

Wohlfeld. Beim Nichten eines Hauses stürzte das Dach eines Neubaus ein. Acht Personen wurden schwer verletz-t. Der den Bau leitende Zimmermann wurde getödtet.

Aus anderen Berufen.

* Der Zentralverband der Zimmerer hatte laut Jahresabrechnung 1901 aus Beiträgen, Wochenbeiträgen und sonstigen Einnahmen M. 298 622,92 vereinnahmt. Hiervon wurden an die Hauptkasse eingekantet M. 221 498,04 und außer-dem für den Streikfonds M. 30 037,69. Mit dem Kassenbestand aus dem Jahre 1900 von M. 245 882,27 betrug die Gesamt-einnahme der Hauptkasse M. 509 963,83. Die Gesamtausgaben der Hauptkasse beliefen sich auf M. 207 780,25; darunter sind größere Posten: Streikunterstützung M. 86 880,96, Pachorgang M. 40 195,81, Agitation M. 17 641,21, Generalversammlung M. 12 040,94, Schalter M. 8100, Druckkosten M. 5997,26. Das Vermögen des Verbandes belief sich bei Aufstellung der Ab-rechnung (18. Januar) auf M. 448 029,90, davon in der Haupt-kasse M. 302 183,58; das Gesamtvermögen ist gegen das Vorjahr um M. 66 941,73, der Bestand der Hauptkasse um M. 58 321,61, gestiegen. Die Abrechnung zählt 519 Zahlstellen auf, welche Zahl sich am Jahresanfang durch Austritt um 51 vermindert hatte. Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder betrug 24 161, das sind 2260 weniger als im Vorjahre.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.
in Hamburg.